

UNS HAMBURG

Seit 2015 dem Wohle Hamburgs verpflichtet

**Liebe
Leser,**



wir stehen vor enormen Herausforderungen, die längst nicht mehr ignoriert werden können. Die anhaltend hohe Masseneinwanderung hat direkte Auswirkungen auf das Leben in unserer Stadt: Der hiesige Wohnungsmarkt ist stark belastet, die Mieten steigen und bezahlbarer Wohnraum wird für viele Hamburger immer knapper.

Auch sicherheitspolitisch wird die Lage prekärer: Vor 2015 gab es nicht täglich bis zu zwei Gruppenvergewaltigungen, keine bürgerkriegsähnlichen Zustände an Silvester und Halloween, auch keinen Sicherheitsdienst im Freibad, im Jobcenter oder an Schulen. Die AfD fordert daher eine Politik, die Verantwortung übernimmt: Kontrolle statt Bequemlichkeit, Ordnung statt Planlosigkeit. Hamburg muss wieder eine Stadt sein, in der die Bürger sicher wohnen, arbeiten und ihre Familien schützen können. Nureinekonsequente und inländerfreundliche Politik stellt die Interessen der eigenen Bürger an erste Stelle. Die AfD-Fraktion und die Mehrheit der Bürger wollen ihr sicheres Deutschland zurück!

Ihr Dirk Nockemann
Fraktionsvorsitzender

Wir sind Weltsozialamt!



Hochoffizielle Schockzahlen: Gut 54 Prozent der Bürgergeld-Empfänger in Hamburg sind Ausländer, 299 Großfamilien erhalten mehr als 8.000 Euro pro Monat! Das Sozialsystem ächzt unter der schweren Last der Masseneinwanderung. Die Ausgaben für Bürgergeld, Grundsicherung, Asylbewerberleistungen und Wohngeld explodieren. Das geht aus einer Senatsantwort auf eine AfD-Anfrage hervor.

Eine Milliarde für arbeitslose Afghanen
Seit 2020 flossen mehr als 955 Millionen Euro allein an Afghanen in Hamburg. Ende Dezember 2024 lebten 32.702 Afghanen in der Hansestadt. 9.383 waren sozialversicherungspflichtig beschäftigt, 17.190 bezogen Bürgergeld, 3.036 Asylbewerberleistungen und 2.235 Sozialhilfe. Diese Erkenntnis brachte eine Anfrage der Hamburgischen AfD-Fraktion ans Licht.

Bürgergeldkosten auf Rekordhoch

2024 stiegen die Zahlungen auf knapp 47 Milliarden Euro – ein Plus von rund vier Milliarden Euro im Vergleich zu 2023. Davon gingen über 22 Milliarden Euro an Ausländer, das sind über 47 Prozent. Der Migrationshintergrund der deutschen Staatsangehörigen wird nicht erfasst. Dies deckte eine Antwort des Bundessozialministeriums auf eine AfD-Anfrage im Deutschen Bundestag auf.

Einwanderung zerstört Sozialstaat

Der Ökonom Milton Friedman schrieb im Jahre 1999: „Man kann nicht gleichzeitig freie Einwanderung und einen Wohlfahrtsstaat haben“. Für die AfD-Fraktion ist klar: Das Bürgergeld ist gescheitert und gehört abgeschafft. Deutschland braucht eine Migrationswende und tiefgreifende Reformen in der Asyl- und Sozialpolitik – und zwar zeitnah. Unser Land hat nicht mehr viel Zeit.

**10 Jahre
„Wir schaffen das“**

Seite 2

**Keine weiteren
Moscheen in Hamburg!**

Seite 4

**Veteranen in Hamburg
unerwünscht!?**

Seite 6

„Wir schaffen das“: Nockemann: 10 Jahre Kontrollverlust

Im Jahre 2015 sprach Angela Merkel die Worte „Wir schaffen das“ – und öffnete die Grenzen für mehrere Millionen Fremde. Allein in den Jahren 2015 und 2016 kamen über 1,2 Millionen Migrant:innen. Heute leben mehr als 3,3 Millionen Ausländer mit Schutzstatus oder Duldung in Deutschland. Die damalige Entscheidung prägt Deutschland bis heute – mit hohen Kosten und tiefgreifenden gesellschaftlichen Veränderungen.

Sozialsystem ächzt

Laut Bundesrechnungshof belaufen sich die jährlichen Ausgaben für Asyl, Integration und Sozialleistungen inzwischen auf über 50 Milliarden Euro. Im Bürgergeld-System stellen Ausländer fast die Hälfte der Empfänger. Diese Zahlen zeigen deutlich: Die Belastung für Staat und Steuerzahler wächst stetig, ohne dass die versprochenen Entlastungen durch Arbeitsmarktintegration eingetreten wären.

Innere Sicherheit im Sinkflug

In Hamburg haben gut 21 Prozent keinen deutschen Pass, sie gelten als Nicht-deutsche. Diese Personengruppe ist

deutlich überproportional in der Polizeilichen Kriminalstatistik 2024 vertreten. Bei der Gewaltkriminalität liegt der Anteil der Nichtdeutschen unter den Tatverdächtigen bei 52 Prozent, bei Raubdelikten sind es 62 Prozent, bei Straftaten gegen die sexuelle Selbstbestimmung sind es 39 Prozent, bei der Rauschgiftkriminalität sind es 54 Prozent und bei Vermögens- und Fälschungsdelikten sind es 56 Prozent.

Schwere Straftaten durch Afghanen

108.409 schwere Straftaten, 2.691 vergewaltigte Frauen und Mädchen, 52 Todesopfer: Trotz dieser verheerenden Bilanz afghanischer Tatverdächtiger in den Jahren 2015 bis 2024 fliegt derzeit die CDU-Regierung unter Friedrich Merz immer mehr Afghanen nach Deutschland ein.

Bildungssystem kollabiert

Die Auswirkungen spüren die Bürger tagtäglich. Wohnungen fehlen, die Mieten steigen, Kitas und Schulen sind überfüllt. Lehrer berichten von sinkendem Bildungsniveau und mangelnder Sprachkompetenz vieler Schüler. Integrationsangebote sind überlastet, Kommunen überfordert.

Mieten steigen

Die auch weiterhin ungebremste Masseneinwanderung führt auch zu explodierenden Mieten und steigenden Wohnungspreisen, da die Nachfrage nach bezahlbarem Wohnraum steigt. Besonders die Mittelschicht spürt die Folgen. In über zehn Jahren hat Hamburg insgesamt gut 130.000 Asylmigrant:innen aufgenommen – fast so viele Menschen, wie in ganz Bergedorf wohnen. Gleichzeitig stockt der Neubau. Rot-Grün baut sogar Wohnungen in Landschaftsschutzgebieten.

AfD: Sofortige Migrationswende

Für den AfD-Fraktionschef Dirk Nockemann ist klar: „Hätte man 2015 auf die AfD gehört, wären unserem Land viel Not und Elend erspart geblieben. Wir warnten schon damals vor den dramatischen Auswirkungen der Massenmigration und haben Recht behalten. Deutschland und Hamburg sind am Limit. Wir brauchen eine migrationspolitische Wende um 180 Grad, deutlich beschleunigte Abschiebungen und Einreisekontrollen, die diesen Namen verdienen.“



Hamburg in der Bürgergeld-Falle

Reich: Kehrtwende, jetzt!



Das Bürgergeld ist in Hamburg längst kein Notfallinstrument mehr, sondern droht zur dauerhaften Transferstruktur zu werden. Während viele Erwerbstätige hart arbeiten und dennoch kaum über die Runden kommen, steigt die Zahl derjenigen, die staatliche Zuschüsse benötigen. Schon 26.178 Hamburger müssen ihr Einkommen inzwischen mit Bürgergeld aufstocken – ein deutliches Alarmsignal für Lohnentwicklung, Arbeitsmarktpolitik und die Versäumnisse der weiterhin regierenden Parteien. Statt das essenzielle Leistungsprinzip zu schützen, wird eine Politik betrieben, die Arbeit entwertet und den Sozialstaat überfordert.

Kostenexplosion und wachsende Bürokratie

Die Ausgaben für „angemessene Unterkunft“ liegen in Hamburg im Schnitt bei 733 Euro pro Bedarfsgemeinschaft – bundesweit ein Spitzenwert. Parallel dazu verschlingen Verwaltungsstrukturen Unsummen. Bis zu 70 Prozent der Mittel gehen in komplizierte Verfahren und Verwaltungsvorgänge

statt in direkte Hilfe. Die Steuerzahler tragen diese Last, während Betroffene oft von Fehlern in Bescheiden berichten. Die Kombination aus hohen Kosten und mangelhafter Treffsicherheit ist Ausdruck einer fehlgeleiteten Sozialpolitik.

Fehlanreize statt Integration

Das derzeitige System setzt falsche Signale. Zu lasche Sanktionen, fehlerhafte Bescheide und unklare Vorgaben verhindern, dass Betroffene dauerhaft in Beschäftigung zurückfinden. Wer wirklich arbeiten will, braucht gezielte Qualifizierung, Kinderbetreuung und Vermittlung in den Arbeitsmarkt – nicht endlose Formulare. Gleichzeitig ist es nicht hinnehmbar, dass diejenigen, die sich dem Leistungsprinzip entziehen, oftmals bessergestellt sind als Menschen, die hart arbeiten. Sozialpolitik darf nicht Bequemlichkeit belohnen, sondern muss Eigeninitiative fördern.

Reformen für eine ehrliche Sozialpolitik

Hamburg braucht konkrete Schritte: eine schlankere Verwaltung, automa-

tisierte Fehlerkontrollen, konsequente Sanktionen bei Missbrauch und eine Neubewertung der Unterkunftskosten. Förderprogramme müssen an Leistung gekoppelt sein – nur wer Bereitschaft zur Integration zeigt, darf dauerhaft Unterstützung erhalten. So kann das Bürgergeld wieder zu einem Sprungbrett werden, anstatt in einer Dauerversorgung zu enden. Eine Sozialpolitik, die Arbeit belohnt und Eigenverantwortung stärkt, ist die notwendige Grundlage für sozialen Zusammenhalt.

Zeit für eine Kurskorrektur

Der AfD-Sozialpolitiker Thomas Reich bringt es auf den Punkt: „Ohne grundlegende Änderungen droht Hamburg, seine wirtschaftliche Substanz und soziale Stabilität zu verlieren. Leistung muss sich wieder lohnen, damit Hamburger Arbeitnehmer nicht länger zu den Verlierern einer verfehlten Politik werden. Wir brauchen eine Sozialpolitik, die Leistung belohnt und Fehlanreize beendet. Arbeit muss sich wieder lohnen – sonst gefährden wir den Zusammenhalt unserer Stadt.“

Blaue Moschee wiedereröffnen?

Walczak: Nein, es reicht!

Die Blaue Moschee an der Außenalster steht seit einem Jahr leer – und das aus gutem Grund. Ihr Trägerverein, das „Islamische Zentrum Hamburg“, wurde verboten, weil es enge Verbindungen zum

iranischen Regime unterhielt und die Terrororganisationen Hisbollah und Hamas verherrlichte. Dieses Kapitel ist ein Beweis dafür, wie tief islamistische Netzwerke in Hamburg Fuß gefasst haben.



Forderungen nach Wiedereröffnung

Trotz der eindeutigen Vorgeschichte fordern hunderte Muslime die sofortige Wiedereröffnung. Gleichzeitig drängen SPD-Politiker, wie Innensenator Grote, auf eine „Neunutzung“ als Kulturzentrum. Kritiker warnen jedoch: Das wäre nur ein Etikettenschwindel. Denn schon heute gibt es in Hamburg mehr als genug migrantische Einrichtungen. Ein weiteres Zentrum – noch dazu in einem Gebäude, das islamistische Strukturen beherbergen würde – wäre ein falsches Signal.

Hochburg des Islamismus

Hamburg hat sich in den letzten Jahrzehnten zu einer Hochburg des Islamismus entwickelt. Schon die Anschläge vom 11. September 2001 hatten hier ihre Wurzeln. Statt die Probleme klar zu benennen, beschwichtigt die rot-grüne Politik und öffnet Islamisten Tür und Tor. Wer jetzt einen „Ort für Integration“ fordert, verschließt die Augen vor den realen Gefahren. Integration braucht Regeln, nicht neue Sonderräume für Parallelgesellschaften.

AfD fordert klare Konsequenzen

Die AfD-Fraktion fordert daher, das Gebäude nicht länger als potenzielle Moschee oder Kulturzentrum zu diskutieren. Stattdessen muss es zu einem Informations- und Gedenkzentrum gegen Islamismus umgestaltet werden. Hamburg braucht Aufklärung, Prävention und ein deutliches Bekenntnis zu unserer freiheitlich-demokratischen Grundordnung.

Walczak: Mahnmal gegen religiösen Extremismus

Elns ist für den Parlamentarischen Geschäftsführer der AfD-Fraktion, Krzysztof Walczak, klar: „Hamburg benötigt nicht noch ein muslimisches Gotteshaus und auch kein zusätzliches, migrantisches Kulturzentrum. Was unsere Stadt dringend braucht, ist eine schonungslose Auseinandersetzung mit dem Islamismus. Die Blaue Moschee sollte ein Mahnmal gegen religiösen Extremismus werden, damit Hamburg die richtigen Lehren zieht.“

Hamburg im Verkehrschaos

Risch: Freie Fahrt für freie Bürger!

Hamburg bleibt Staustadt Nummer eins im Norden und gehört bundesweit zu den Spitzenreitern bei Verkehrsstaus. Laut dem „TomTom Traffic Index 2024“ benötigt man für zehn Kilometer im Stadtzentrum durchschnittlich 25,4 Minuten – 46 Sekunden mehr als im Vorjahr. Im Berufsverkehr wird es noch schlimmer: Morgens um 8 Uhr dauert die Strecke fast 29 Minuten, am Nachmittag um 16 Uhr sogar über 31 Minuten. Andere norddeutsche Städte wie Hannover (21,6 Minuten), Bremen (18,7 Minuten) oder Kiel (17,6 Minuten) liegen weit hinter Hamburg. Jeder Hamburger Autofahrer verbringt laut der INRIX-Verkehrsstudie jährlich 44 Stunden im Stau, Platz 9 bundesweit.

Dauerbaustellen und planlose Politik

Ein wesentlicher Grund für die Staus ist das chaotische Baustellenmanagement. Dauerbaustellen, schlecht koordinierte Großprojekte und fehlende Abstimmung prägen das Stadtbild. Gefühlt jede Woche kommen neue Sperrungen und Umleitungen hinzu. Zeitverlust, Nerven und wirtschaftliche Schäden zahlen die Bürger. Hinzu kommt eine Politik, die mit Tempo-30-Zonen und Fahrspurvernichtung die Bürger plagt. Wer hier auf das Auto angewiesen ist – Pendler, Handwerker, Familien – wird hier in Hamburg systematisch benachteiligt.

Wirtschaftliche Schäden durch Stau

Hamburgs Dauerstau ist nicht nur ein Ärgernis für Autofahrer, sondern eine massive Belastung für den Wirtschaftsstandort. Verzögerungen kosten Unternehmen Zeit und Geld, Lieferketten geraten ins Stocken, Handwerker verlieren Stunden auf dem Weg zu Kunden. Die rot-grüne Verkehrs- und Stadtplanung setzt auf Verbote statt auf Lösungen und verschärft die Situation mit ideologisch motivierten Eingriffen in den Straßenverkehr.

AfD fordert ehrliche Verkehrswende

Die AfD-Fraktion fordert eine neue Verkehrspolitik, die endlich fließenden

Verkehr, besseres Baustellenmanagement und Bürgerinteressen in den Mittelpunkt stellt. Statt ideologischer Verbotspolitik brauchen Hamburgs Autofahrer eine klare Planung, echte Lösungen und eine Stadt, in der Mobilität wieder funktioniert. Wer weiter nur blockiert, gefährdet Wohlstand,

Arbeitsplätze und die Lebensqualität der Hansestadt. Perspektiven bieten die Altparteien keine. Dazu sagt der AfD-Verkehrspolitiker Robert Risch abschließend: „Wir brauchen eine Verkehrspolitik, die endlich den Menschen dient – für fließenden Verkehr und eine starke Wirtschaft.“



Veteranen in Hamburg unerwünscht?

Schulz: Armutszeugnis!

Am 15. Juni 2025 beging Hamburg erstmals den fortan bundesweit eingeführten Veteranentag. Ein Anlass, der eigentlich der Wertschätzung und Dankbarkeit für diejenigen dienen sollte, die in Uniform unserem Land gedient haben. Die AfD-Fraktion fordert bereits seit 2019, dass der Rathausmarkt dafür zur Verfügung gestellt wird. Doch was wie ein überfälliges Signal der Anerkennung wirkte, entpuppte sich schnell als Farce. Denn schnell konnte festgestellt werden, dass es hier nur um Show ging.

Veteranen vor den Toren ausgesperrt

Während Politiker aller Parteien großzügige Einladungskontingente erhielten, blieben ausgerechnet die Veteranen – die Namensgeber des Tages – außen vor. Zahlreiche ehemalige Soldaten, erkennbar in Uniform und mit gültigem Reservistenausweis, wurden von der Polizei abgewiesen. Statt im Herzen der Stadt geehrt zu werden, mussten sie in Seitenstraßen ausharren. Die offizielle Erklärung: Eine fehlende Akkreditierung. Doch wie eine Anfrage des AfD-Abgeord-

neten Marco Schulz enthüllte, hat es ein solches Akkreditierungsverfahren nie gegeben. Heißt: Der Senat ringt um Ausreden, anstatt die Wahrheit auszusprechen – auf dem Rücken unserer Veteranen.

Symbolpolitik statt echter Anerkennung

Die Bilder dieses Tages sprechen Bände. Während Senat und Bürgerschaft sich auf der Bühne medienwirksam selbst inszenierten, blieben die eigentlichen Ehrengäste hierbei ausgeschlossen. Der AfD-Wehrpolitiker Marco Schulz bringt es auf den Punkt: „Es ist unglaublich, einerseits von Anerkennung zu sprechen, Veteranen aber am Tag ihrer Ehrung hinter eine Absperrung zu verbannen. Das ist Symbolpolitik auf dem Rücken derjenigen, die unserem Land gedient haben.“ Viele aktive Soldaten hätten sicher weitaus lieber ihre ehemaligen Kameraden an ihrer Seite gesehen, statt einer Reihe gänzlich unbekannter Berufspolitiker.

AfD fordert Konsequenzen – Senat blockt

Die AfD-Fraktion reagierte sofort mit einem Antrag, um die Missstände im kommenden Jahr zu beseitigen und eine öffentliche Entschuldigung bei den Veteranen einzufordern. Erwartungsgemäß wurde dieser Antrag abgelehnt. Nur zwei Wochen später legten SPD und Grüne einen eigenen, inhaltlich stark verwässerten Antrag vor – und beschlossen ihn: Die AfD wirkt. Wieder einmal.

Ehrung darf keine Showveranstaltung sein

Für den wehrpolitischen Sprecher der Hamburger AfD-Fraktion, Marco Schulz ist das ein fatales Signal: „Es ist ein Armutszeugnis, dass Hamburgs Senat Veteranen nur tatsächlich anerkennt, wenn Kameras eingeschaltet sind. Echte Wertschätzung bedeutet Respekt, Teilnahme und Mitgestaltung – nicht Abweisung und leere Phrasen. Wir fordern Respekt gegenüber unseren Veteranen, nicht nur Rituale!“



Schulden ohne Ende

Reich: Hamburg verspielt Zukunft

Was sich in der Hamburgischen Bürgerschaft abspielt, ist ein weiterer haushaltspolitischer Offenbarungseid erster Klasse. Nachdem Berlin die Schuldenbremse aufgeweicht hat, eifern nunmehr SPD, Grüne, CDU und Linke in Hamburg blind hinterher. Mit einer Zweidrittelmehrheit votierten sie dafür, noch höhere Schuldenberge anzuhäufen – gegen das Votum der AfD. Bis zu 0,35 Prozent des gesamten deutschen Bruttoinlandsprodukts dürfen nun Jahr für Jahr auf Pump verbrannt werden. Und wofür? Für weitere Luxusprojekte, teure Fehlinvestitionen und Prestigeobjekte, die niemand wirklich braucht – bezahlt vom Steuerzahler.

Verantwortungslosigkeit auf ganzer Linie

Mit dieser fatalen Entscheidung gibt Hamburg die Kontrolle über die eigenen Finanzen aus der Hand. Verantwortung und Ehrlichkeit werden über Bord geworfen. Der Bund der Steuerzahler warnt zu Recht: Wer glaubt, sich mit Krediten aus jeder Misere kaufen zu können, handelt nicht zukunftsicher, sondern grob fahrlässig. Hamburg hat längst kein Einnahmenproblem, sondern ein Ausgabenproblem von großem Ausmaß.

Fakten, die erschrecken

Allein das „Haus der Bürgerschaft“ verschlingt in 30 Jahren 202 Millionen Euro – die monatliche Miete steigt aktuell um 200.000 Euro. Die Baukosten der JVA in Billwerder explodieren um 20 Millionen Euro. Das Schwanen-Quartier in Eppendorf verdoppelt seine Kosten von 3,6 auf 7 Millionen. Bei Hamburg Wasser werden beim Klärschlammprojekt über 100 Millionen Euro zusätzlich verbrannt. Dies ist kein Einzelfall, sondern Ausdruck eines Systems, das Verschwendung institutionalisiert hat.

Stadteigene Unternehmen außer Kontrolle

Mit über 360 stadteigenen Unternehmen und mehr als 75.000 Mitarbeitern

ist der Apparat längst außer Kontrolle geraten. Überflüssige Firmen müssten privatisiert, die verbleibenden streng kontrolliert werden. Stattdessen tapen SPD, Grüne und CDU weiter blind in die Schuldenfalle.

AfD für Schuldenbremse

Die Hamburgische AfD-Fraktion fordert den sofortigen Stopp der Schuldenmacherei, uneingeschränkte Einhaltung der Schuldenbremse und endliche ehrliche Prioritätensetzung bei den Staatsausgaben. Deutschland braucht echte Strukturreformen. Die Bürger haben ein Recht, dass Steuern verantwortlich verwaltet und künftige Generationen nicht in Geiselschaft genommen werden.

Schluss mit dem Schulden-Irrsinn

Die Schuldenbremse war die letzte Notbremse für Ehrlichkeit und Haushaltsdisziplin – nun wird sie mutwillig zerstört. Die Zeche zahlen die hart arbeitenden Menschen Hamburgs. Die AfD-Fraktion fordert eine Politik, die echte Prioritäten setzt und den Bürgern dient – nicht der eigenen Seilschaft im Rathaus. Der AfD-Haushaltspolitiker Thomas Reich wird deutlich: „Hamburg darf nicht weiter auf Pump wirtschaften und seine Zukunft verspielen. Wir brauchen eine solide Finanzpolitik, die dem Steuerzahler verpflichtet ist, nicht überflüssigen Prestigeprojekten der Hamburger Politik“.



Volksentscheid: Hamburg testet Grundeinkommen

Am 12. Oktober steht in Hamburg ein Volksentscheid an – „Hamburg testet Grundeinkommen“. Mit dem Modellversuch eines bedingungslosen Grundeinkommens sollen 2.000 Menschen über drei Jahre zunächst 1.346 Euro vom Staat bekommen, um das eigene Leben zu gestalten. Ziel ist es, die sozialen und wirtschaftlichen Auswirkungen wissenschaftlich zu untersuchen. Die AfD-Fraktion lehnt den Volksentscheid als steuergeldfinanziertes Experiment rigoros ab. Warum?

Ungerecht und unsozial

Das bedingungslose Grundeinkommen ist ein Konzept, bei dem jeder Bürger unabhängig von seinem Einkommen, Beschäftigungsstatus oder anderen Bedingungen regelmäßig eine finanzielle Grundsicherung vom Staat erhält – auch Wohlhabenden. Dadurch verliert das Sozialsystem seine treffsichere Ausrichtung und echte Bedürftigkeit bleibt hierbei unberücksichtigt.

Kostenexplosion

Die künftige Finanzierung eines bedingungslosen Grundeinkommens würde enorme Summen verschlingen – rund 40 Millionen Euro. Letztlich müssten die arbeitende Mitte und Steuerzahler die Belastung tragen, während der tatsächliche Nutzen ungleich verteilt wäre.

Gefahr für Arbeitsmoral

Wenn ein Einkommen ohne jede Gegenleistung garantiert ist, sinkt der Anreiz, einer regulären Beschäftigung nachzugehen. Besonders in Berufen mit hoher gesellschaftlicher Bedeutung, aber vergleichsweise niedriger Bezahlung, könnte das zu Engpässen führen.

Magnet für Migration?

Ein garantiertes Einkommen ohne Bedingungen hätte eine zusätzliche Anziehungskraft auf Menschen aus dem Ausland. Die finanzielle Belastung für unser Sozialsystem ist bereits jetzt beträchtlich.

Abhängigkeit vom Staat

Ein dauerhaftes Grundeinkommen kann dazu führen, dass Bürger weniger Eigeninitiative entwickeln und sich stärker auf staatliche Unterstützung verlassen. Dadurch erhöht sich die Gefahr einer Einstellung, die Selbstverantwortung und Leistungsbereitschaft zurückdrängt, unser Sozialsystem zum Scheitern verurteilt und den Staat zu einem bevormundenden Nanny-Staat macht.

Unser Fazit:

Ein bedingungsloses Grundeinkommen schafft Anreize zur Arbeitsverweigerung und untergräbt die Eigenverantwortung der Bürger. Die hohen Kosten führen zu einer völlig unverhältnismäßigen Belastung des Hamburger Haushalts – die Mittel sollten stattdessen in bessere Bildung, mehr Sicherheit und eine intakte Infrastruktur fließen.

Wir empfehlen, mit NEIN zu stimmen!



AfD sagt NEIN zu „Hamburg testet Grundeinkommen“!

- **Grundeinkommen für alle – auch für Millionäre?**
Das ist weder sozial noch gerecht, das ist planlos!
- **Schon getestet, schon gescheitert.**
Keine neuen Experimente mit Ihrem Steuergeld!
- **40 Millionen Euro Steuergeld – für ein Grundeinkommen-Experiment?**
Was wäre Ihnen wichtiger: Bessere Bildung, mehr Sicherheit, bessere Pflegebedingungen?
Ihre Steuern – Ihre Entscheidung!



Homepage: afd-fraktion-hamburg.de | X: [AfD_Fraktion_HH](https://twitter.com/AfD_Fraktion_HH)
Facebook: [afd.fraktion.hamburg](https://www.facebook.com/afd.fraktion.hamburg) | Instagram: [@afd.fraktion.hamburg](https://www.instagram.com/afd.fraktion.hamburg)
TikTok: [@afdfraktionhamburg](https://www.tiktok.com/@afdfraktionhamburg) | YouTube: [@AfDFraktionHamburg](https://www.youtube.com/AfDFraktionHamburg)

„Hamburger Zukunftsentscheid“ am 12. Oktober



AfD sagt NEIN zur Klimahysterie!

- **Angriff auf den sozialen Zusammenhalt:** Wer zahlt am Ende? Sie! Steigende Steuern, höhere Energiepreise und teure Reformen treffen alle, die unser Land am Laufen halten!
- **Teure Energie zerstört Hamburgs Industrie** – und damit den Wohlstand und Arbeitsplätze.
- **40-Milliarden-Euro-Kostenlawine für alle Bürger:** Allein die bis 2040 geplante Gebäudesanierung soll laut Experten Milliarden an Kosten verschlingen – nur für Hamburg!
- **Die Klima-Agenda ändert nichts am Klima!** Die AfD sieht in der Klima-Agenda des Zukunftsentscheids eine von Medien und Politik geschürte Hysterie, die Wirtschaft und Bürger mit unsinnigen und überzogenen Vorgaben belastet!



Homepage: afd-fraktion-hamburg.de | X: [AfD_Fraktion_HH](#)
Facebook: [afd.fraktion.hamburg](#) | Instagram: [@afd.fraktion.hamburg](#)
TikTok: [@afdfraktionhamburg](#) | YouTube: [@AfDFraktionHamburg](#)

Am 12. Oktober steht in Hamburg ein Volksentscheid an – „Hamburger Zukunftsentscheid“. Die gleichnamige Initiative will Hamburg schon 2040 klimaneutral machen und damit fünf Jahre früher als geplant. Der klimaneutrale Umbau von Wohnungen und Häusern kostet in Hamburg rund 40 Milliarden Euro. Das verteuert die Mieten. Die AfD lehnt den linksgrün gefärbten und damit ideologiegetriebenen Zukunftsentscheid konsequent ab.

Kostenbelastung auf Mieter und Eigentümer

Der Zukunftsentscheid ist ein milliardenschweres Projekt, dessen Kosten letztlich auf Mieter und Eigentümer abgewälzt werden, was zu Mietsteigerungen und Enteignungsgefahr führen kann. Wohnraum muss bezahlbar sein.

Erhebliche finanzielle Belastung

Die Umsetzung erfordert enorme Investitionen, die bis zum Jahr 2040 mind-

estens 40 Milliarden Euro betragen sollen, wodurch die finanzielle Belastung für die Bürger erheblich wird.

Begünstigung bestimmter Interessengruppen

Die klimaideologischen Maßnahmen wie Sanierungspflicht und Klimaneutralität dienen primär wirtschaftlichen Interessengruppen wie der Bau- und Sanierungsindustrie sowie Banken.

Einfluss einer EU-Agenda

Der Klimaentscheid ist nicht frei von einer übergriffigen EU-Agenda, die stärker von NGOs und politischen Akteuren mit spezifischen Zielen getrieben wird. Auch das geht an den tatsächlichen Bedürfnissen der Hamburger Bürger.

Unser Fazit:

Der Zukunftsentscheid ist finanziell extrem belastend für Mieter und Eigentümer. Er begünstigt spezifische Interessengruppen und spiegelt nicht die tatsächlichen Bedürfnisse der Hamburger Bürger wider, kurzum: Der Kli-

maentscheid geht an der tatsächlichen Lebensrealität der Bürger völlig vorbei.

Ihre Stimme gegen den Wahnsinn

Stellen Sie sicher, dass die Bürger nicht einseitig für eine teure Ideologie zur Kasse gebeten werden, sondern dass politische Entscheidungen sich an Vernunft und den tatsächlichen Bedürfnissen der Menschen orientieren. Ein NEIN ist ein Signal für mehr Freiheit, Eigenverantwortung und gegen Bevormundung. Es ist eine Entscheidung für eine realistische Umweltpolitik, die Wohlstand und Arbeitsplätze erhält. Statt Milliarden in völlig überstürzte Zwangsmaßnahmen zu lenken, sollten wir in eine pragmatische Energiepolitik investieren, die Innovationen fördert, Versorgungssicherheit garantiert und gleichzeitig bezahlbar bleibt.

Daher empfehlen wir Ihnen auch hier, mit NEIN zu stimmen!



Unsere Abgeordneten im ÜBERBLICK

Insgesamt zehn Abgeordnete sitzen für die AfD-Fraktion in der Hamburgischen Bürgerschaft und damit so viele wie nie zuvor. Von diesen sind fünf Abgeordnete neu in der Hamburgischen Bürgerschaft. Unsere Abgeordneten spiegeln die Gesellschaft wider: Von jung bis alt, männlich und weiblich, mit und ohne Migrationshintergrund sowie Angestellte und Akademiker. Genau diese Mischung braucht es in der Politik!

Dirk Nockemann

Fraktionschef

Mitglied in folgenden Ausschüssen:

- Innenausschuss
- Ausschuss für Justiz und Verbraucherschutz



Krzysztof Walczak

Parlamentarischer Geschäftsführer

Mitglied in folgenden Ausschüssen:

- Europaausschuss (Vorsitzender)
- Verfassungs- und Bezirksausschuss
- Unterausschuss Parlamentsrecht u. Geschäftsordnung



Marco Schulz

Stellv. Parlamentarischer Geschäftsführer

Mitglied in folgenden Ausschüssen:

- Ausschuss für Wirtschaft, Arbeit und Innovation
- Ausschuss Öffentliche Unternehmen



Eugen Seiler

Beisitzer im Fraktionsvorstand

Mitglied in folgenden Ausschüssen:

- Kultur- und Medienausschuss
- Familien-, Kinder- und Jugendausschuss
- Ausschuss für Gleichstellung und Antidiskriminierung



Antje Hebel

Mitglied in folgenden Ausschüssen:

- Ausschuss für Gesundheit und Senioren
- Sportausschuss



Peggy Heitmann

Mitglied in folgenden Ausschüssen:

- Haushaltsausschuss
- Ausschuss für Umwelt, Klima und Energie
- Ausschuss für Digitalisierung und Datenschutz



Dr. Joachim Körner

Mitglied in folgenden Ausschüssen:

- Eingabenausschuss



Benjamin Mennerich

Mitglied in folgenden Ausschüssen:

- Schulausschuss
- Wissenschaftsausschuss
- Ausschuss für die Zusammenarbeit der Länder Hamburg und Schleswig-Holstein



Thomas Reich

Mitglied in folgenden Ausschüssen:

- Haushaltsausschuss
- Ausschuss für Soziales und Integration



Robert Risch

Mitglied in folgenden Ausschüssen:

- Verkehrsausschuss
- Stadtentwicklungsausschuss



Gewalt im Phoenix-Viertel

Nockemann: Kuschelpolitik beenden!



Das Phoenix-Viertel im Süden Hamburgs ist längst kein normaler Stadtteil mehr. Hohe Kriminalität, Verwahrlosung und wachsende soziale Probleme prägen das Bild. Bewohner berichten von Einbrüchen, Drogenhandel und aggressiven Jugendlichen auf den Straßen. Wer hier lebt, spürt täglich: Sicherheit und Ordnung sind längst nicht mehr gewährleistet. Statt wirksamer Gegenmaßnahmen setzt die rot-grüne Politik auf Schönfärberei und Verharmlosung – während die Menschen vor Ort leiden.

Wohnen in der Krise

Die Mietpreise explodieren, aber bezahlbarer Wohnraum bleibt Mangel-

ware. Gleichzeitig steigen die staatlichen Transferleistungen für Haushalte im Viertel. Viele Familien sind auf Sozialleistungen angewiesen, während die eigentlichen Leistungsträger immer stärker belastet werden. Rot-Grün schafft Anreize, die Eigenverantwortung untergraben, statt zu fördern. Pendler, Handwerker und Normalverdiener fühlen sich abgehängt und in ihren Lebensmöglichkeiten vollends eingeschränkt.

Gewalt und Kriminalität

Die Kriminalitätsrate im Phoenix-Viertel liegt deutlich über dem Hamburger Durchschnitt. Die Polizei berichtet von zunehmenden Körperverletzungen,

Einbrüchen und Diebstählen. Drogenhandel und offene Gewalt machen das Viertel zu einem unsicheren Ort. Wer auf Sicherheit hofft, wird enttäuscht – und die politische Führung ignoriert die Probleme oder tut sie als Einzelfälle ab.

AfD fordert konsequentes Handeln

Die AfD-Fraktion fordert ein umfassendes Sicherheits- und Integrationskonzept für das Phoenix-Viertel. Mehr Präsenz von Polizei und Ordnungsamt, harte Sanktionen gegen Straftäter und gezielte Förderprogramme für arbeitende Familien sind überfällig. Der Staat muss wieder Verantwortung übernehmen, statt tatenlos zuzuschauen, wie Hamburgs Stadtteile zu sozialen Brennpunkten verkommen.

Nockemann: Kuschelpolitik beenden

Der AfD-Chef Dirk Nockemann macht deutlich: „Im Phoenix-Viertel wird deutlich, wie fatal verfehlte Politik wirken kann. Wer Sicherheit, Ordnung und Eigenverantwortung ignoriert, riskiert nicht nur das Wohl der Bürger, sondern den Zusammenhalt unserer Stadt. Wir sagen: Schluss mit der hiesigen Kuschelpolitik, Hamburg braucht Regeln und konsequente Sicherheit!“

Soziale Netzwerke:

Ihre AfD-Fraktion in der Hamburgischen Bürgerschaft auf Social Media



Zahlen statt Worte



**3.179 Euro im
Monat**

beträgt mittlerweile die Eigenbeteiligung für einen Platz in einem Hamburger Pflegeheim. Das sind mehr 322 Euro mehr im Vergleich zum Vorjahr.

Quelle: welt.de



24,5 Prozent

der 2024 eingestellten Auszubildenden im Öffentlichen Dienst bei der Freien und Hansestadt Hamburg hatten einen Migrationshintergrund.

Quelle: Abendblatt



**Über 10.000
Anträge**

auf Einbürgerung wurden bis Mitte August gestellt. Damit 900 Anträge mehr als im bisherigen Rekordjahr 2024. Die meisten Anträge kamen von Syrern, Afghanen, Iranern, Russen und Türken.

Quelle: NDR



**Knapp 273.000
Schüler**

gibt es an allen staatlichen und privaten Hamburger Schulen. Zuletzt gab es im Schuljahr 1983/84 so viele Schüler an den allgemeinbildenden Schulen.

Quelle: hamburg.de



**Rund 1.200
Prostituierte**

sind in Hamburg derzeit angemeldet. Das ist ein Anstieg um 8,8 Prozent seit Ende 2024.

Quelle: NDR.de



105.983 Hunde

sind derzeit in Hamburg registriert. Das sind doppelt so viele wie 2012.

Quelle: Abendblatt



**7 Kilogramm
Fisch**

pro Kopf verzehren Hamburger im Jahr. Der Bundesdurchschnitt liegt bei 5,4 Kilogramm.

Quelle: NDR



**Zwischen 2007
und 2022**

sank der Containerverkehr in Hamburg um 16,5 Prozent, während er weltweit um 74 Prozent wuchs. Ein langfristiger Rückstand.

Quelle: Welt.de

Die AfD-Fraktion in den Medien

Eine Auswahl der Presseberichterstattung

Nius.de (28.08.2025): Schockzahlen zu Bürgergeld in Hamburg: 54 Prozent der Empfänger sind Ausländer, 300 Familien erhalten mehr als 8000 Euro pro Monat

In einer Stellungnahme gegenüber NIUS erklärten die AfD-Politiker: „Der explosive Anstieg der Sozialleistungen für Ausländer verdeutlicht die wahnsinnige Asylpolitik. Das Bürgergeld ist krachend gescheitert und gehört abgeschafft.“
Zeit (12.08.2025): „Viele fragten mich: Fährst du nach Hamburg, bringst das noch was?“
AfD-Politiker Ulrich Siegmund möchte Ministerpräsident von Sachsen-Anhalt werden. Nun trat er in Hamburg auf. Und wurde bejubelt. Ulrich Siegmund zückt sein Handy, öffnet die Kamera-App, drückt auf Aufnahme. „Ihr fragt mich ja oft, ob Deutschland noch zu retten ist“, sagt er. „Ja, das sage ich euch, mit schönen Grüßen aus Hamburg!“ Er reckt das Gerät über den Kopf und filmt ins Publikum.

NDR (07.08.2025): Innenbehörde: Stabile Sicherheitslage am Hamburger Hauptbahnhof

Der Hamburger Hauptbahnhof ist nach Angaben der Innenbehörde sicherer geworden. Bei Eigentumsdelikten, also Diebs und Sachbeschädigungen bleibe Hamburg aber Spitze, kritisiert die AfD. Insgesamt gab es 1.570 Diebstähle und 358 Sachbeschädigungen. Die Maßnahmen seien ungenügend, sagt der Hamburger AfD-Chef Dirk Nockemann.

Zeit (23.07.2025): Zahl der Einbürgerungen in Hamburg weiter auf Rekordniveau

Ein Jahr nach Inkrafttreten des reformierten Staatsangehörigkeitsrecht liegt die Zahl der Einbürgerungen in Hamburg weiter auf Rekordniveau. «Die Verleihung einer Staatsbürgerschaft muss am Ende eines erfolgreichen Integrationsprozesses stehen, nicht am Anfang», sagte AfD-Fraktionschef Dirk Nockemann und forderte, «diesen Irrweg zu beenden».

Abendblatt (25.07.2025): „Kein Zirkus!“ Tschentscher stichelt gegen Merz – AfD schäumt

Der Bürgermeister verbindet das Hissen der Regenbogenflagge am Rathaus mit einem Seitenhieb. Die Hamburger AfD-Fraktion kritisierte die Zeremonie scharf. „Während in Berlin das Hissen der Regenbogenfahne am Bundestag glücklicherweise untersagt wurde, wird in Hamburg aus der schamlosen Demonstration von LGBTQ-Propaganda geradezu ein Staatsakt gemacht“, sagte der kulturpolitische Sprecher Eugen Seiler. Dass auch Mitglieder des rot-grünen Senats teilnahmen, sei „unwürdig“ und zeige, „wie tief der linke Sumpf in unserer Stadt bereits ist“. In den vergangenen Jahren ist die öffentliche Darstellung dieser Flaggen zunehmend wahrnehmbar geworden.

NDR (04.07.2025): Einigung auf Milliardenprojekt: Hamburger Hafen wird erweitert

Der Hamburger Hafen wird in den kommenden Jahren stark erweitert. Hamburgs AfD-Chef Dirk Nockemann mahnte, dass parallel auch mehr in die Sicherheit des Hafens investiert werden müsse.

Welt (01.07.2025): Hamburg will seine Verfassung ändern, um leichter Schulden zu machen

SPD, Grüne und CDU wollen künftig Hamburgs Schuldenregeln reformieren. Ihr parlamentarischer Geschäftsführer Krzysztof Walczak sprach am Dienstag von einem „faulen Kompromiss“ und warf der CDU vor, ihre Prinzipien zu verraten. Statt neuer Schulden fordere die AfD Einsparungen auf der Ausgabenseite. Die geplante Reform sei „völlig verantwortungslos gegenüber künftigen Generationen“.

Welt (23.06.2025): Nahost-Konflikt treibt Extremisten an – für Innensenator bleibt rechte Gewalt größte Gefahr

Die Zahl der als extremistisch eingestuften Straftaten ist in Hamburg im vergangenen Jahr sprunghaft gestiegen. Für die AfD, die in Hamburg kein Beobachtungsobjekt des Verfassungsschutzes ist, betonte der Fraktions- und Landesvorsitzende Dirk Nockemann: „Fremde Konflikte werden vermehrt auf deutschem Boden ausgetragen. Ausländische Antisemiten und Linksextremisten gehen in Hamburg nun Hand in Hand – das ist eine brandgefährliche Entwicklung.“

Welt (18.06.2025): Schulbehörde und Religionsgemeinschaften werben für Respekt

In Hamburger Medien war zuletzt immer wieder von Übergriffen muslimischer Schüler auf nichtmuslimische Mitschüler berichtet worden. Der AfD-Abgeordnete Benjamin Mennerich sagte, Toleranz, also Duldung zu fordern, bedeute, Rechte und Freiheit der deutschen Schüler «wegzuwerfen». «Wir verlangen, dass unseren Gesetzen und Gepflogenheiten in unseren Schulen uneingeschränkt Geltung verschafft wird», betonte Mennerich.

t-online.de (16.06.2025): Brandanschläge auf Autos von Top-Manager

Zwei Brandanschläge in den Elbvororten: Betroffen sind Fahrzeuge hochrangiger Wirtschaftsvertreter. AfD-Fraktionschef Dirk Nockemann forderte „keine Toleranz mit linken Gewalttättern.“

Abendblatt (15.06.2025): „Systemisches Mismanagement“ – Kritik an Hamburger Energienetze

Edler Empfang der städtischen Firma wurde viel teurer. AfD-Energiepolitikerin Peggy Heitmann sprach von „Planungen fernab jeder Vernunft“. Die „Maßlosigkeit und Misswirtschaft

im Umgang mit Steuergeldern“ dürfe „nicht folgenlos bleiben, sondern muss Konsequenzen haben“. Die Bürger erwarteten „vollständige Aufklärung“, denn sie würden nun „zu Unrecht noch mehr abbassiert“.

Welt (06.06.2025): Jordanier bedroht Hamburgs Antisemitismusbeauftragten

Hamburgs Antisemitismusbeauftragter Stefan Hensel und dessen Tochter waren gerade in Hamburg unterwegs und hörten im Auto israelische Musik. Einem Araber passte das nicht – und die Situation eskalierte. Krzysztof Walczak von der AfD sprach von einem „antisemitischen Angriff durch einen mutmaßlichen Islamisten“ und forderte, „importierten Antisemitismus“ klar zu benennen.

Antenne Niedersachsen (29.05.2025): Viele Ermittlungsverfahren in Hamburg unerledigt

Nirgendwo sonst bei deutschen Staatsanwaltschaften wachsen die Aktenberge so sehr wie in Hamburg. «Diese Entwicklung ist dramatisch», sagte der Justizexperte und Vorsitzende der AfD-Fraktion, Dirk Nockemann. «Sie gefährdet das Vertrauen in einen funktionierenden Rechtsstaat».

NDR (28.05.2025): Erzbistum Hamburg will Krankenhaus Groß-Sand schließen

Das Erzbistum Hamburg will sein Krankenhaus Groß-Sand in Wilhelmsburg schließen. Auch die AfD kritisierte eine Verschlechterung der medizinischen Versorgungssicherheit.

Junge Freiheit (23.05.2025): So oft muß die Hamburger Polizei zu Asylunterkünften ausrücken

Streitigkeiten, Körperverletzungen, Drogendelikte und sogar Todesfälle: Das läßt der AfD-Fraktionschef Nockemann nicht unkommentiert. Der AfD-Fraktionschef und innenpolitische Sprecher Dirk Nockemann sprach gegenüber der JF von einer „unzumutbaren Belastung für unsere Polizeikräfte“.

Welt (20.05.2025): „Wir müssen alles dafür tun, dass die Konjunktur wieder in Fahrt kommt“

„Hamburg muss in den nächsten Jahren den Wirtschaftsmotor ankurbeln und die Trendwende einleiten“, erklärte auch der haushaltspolitische Sprecher der AfD Thomas Reich. Vor allem in die Infrastruktur sein „kräftige Investitionen“ notwendig.

NDR (15.05.2025): AfD erhält Vorsitz des Innenausschusses in Hamburg

In den Ausschüssen der Hamburger Bürgerschaft werden die Weichen für die meisten politischen Entscheidungen in der Stadt gestellt. Dass die AfD jetzt den Vorsitz im wichtigen Innenausschuss übernimmt, sorgt deshalb für sehr hitzige Diskussionen. Entscheidungen, die in diesem Ausschuss vorbereitet werden, haben unmittelbare Auswirkungen.

Wie gut kennen Sie sich in Hamburg aus? Machen Sie mit bei unserem Quiz!

Jetzt mitmachen und zwei Abendessen für jeweils zwei Personen gemeinsam mit einem Überraschungsgast hier in Hamburg gewinnen!

Wie heißt das Landesparlament in Hamburg?

- Bürgerschaft
- Senat
- Stadtparlament

Was passierte im Jahre 1842?

- Der große Brand
- Bau der Speicherstadt
- Gründung des Hafens

Richtige Lösung eingeben unter:

<https://uns-hamburg.de/quiz>

oder per Mail schicken an:

presse@afd-fraktion.hamburg.de

Betreff: Hamburg-Quiz

oder per Post an:

AfD-Fraktion in der Hamburgischen
Bürgerschaft

Stichwort: Hamburg-Quiz

Schmiedestraße 2

20095 Hamburg

Einsendeschluss ist der

31. Dezember 2025.

Unter den richtigen Einsendern
entscheidet das Los. Der Rechtsweg ist
ausgeschlossen.

Die AfD-Fraktion wünscht viel Glück!

Auf den Seiten 1, 2, 5, 6 und 7 befinden sich
Darstellungen, die unter Zuhilfenahme
künstlicher Intelligenz generiert worden sind.

Impressum:

AfD-Fraktion in der Hamburgischen
Bürgerschaft, Schmiedestraße 2,
20095 Hamburg

Redaktionsschluss:

30. September 2025

Verantwortlich im Sinne des

Presserechts: Dirk Nockemann

Verantwortlicher Redakteur:

Robert Offermann

Telefon: 040/42831-2518

✉ presse@afd-fraktion.hamburg.de

Diese Publikation informiert über die
Arbeit der AfD-Bürgerschaftsfraktion.
Sie darf nicht zu Wahlwerbezwecken
verwendet werden.

Informationen über die Arbeit der
AfD-Fraktion aus erster Hand?

Bestellen Sie hier unseren Newsletter:

🌐 afd-fraktion-hamburg.de/newsletter

Ihr Kontakt zur AfD-Fraktion in der
Hamburgischen Bürgerschaft:

AfD-Fraktion in der Hamburgischen
Bürgerschaft

Schmiedestraße 2, 20095 Hamburg
040 428 31 - 25 18

(Sie erreichen uns zwischen 9 und 18 Uhr.)

✉ info@afd-fraktion.hamburg.de

🌐 afd-fraktion-hamburg.de

f facebook.com/afd.fraktion.hamburg

🐦 twitter.com/AfD_Fraktion_HH

📺 youtube.com/c/AfDFraktionHamburg

📺 instagram.com/afd.fraktion.hamburg/

